





Hoffen bereits in aller nächster Zeit die Verhandlungen beginnen. Bevor dieser geplante Reichstagsversammlungsbesuch in Wien...

In Heilsberg, wo der alte Tarif am 1. April abläuft, sind neue Forderungen gestellt worden, jedoch haben die Herren Arbeitgeber bis heute noch nicht auf dieselben geantwortet.

In Wartenburg haben bereits zwei Unternehmer unsere Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf. anerkannt und unterschrieben.

Die Bischofstein. Hier konnte eine Einigung mit Herrn Herrmann noch immer nicht erzielt werden. In einem Schreiben an unseren Bezirksleiter...

Die Zaphauer Unternehmer haben geantwortet, daß sie bereit wären, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern, angeblich, weil die gesamten Lebensbedürfnisse keine Steigerung erfahren hätten.

Bezirk Karlsruhe.

Heidelberg. Im vergangenen Jahre waren die Gipser infolge der schlechten Konjunktur sowie der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gezwungen, ohne jegliche Verbesserung wieder den Tarif auf ein Jahr zu erneuern.

Soch c. f. das Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften die Versammlung.

Maurer.

Arsfurt (Bahn). Am 1. Februar fand unsere jährliche Generalversammlung statt, welche von unserem ersten Vorsitzenden eröffnet wurde.

Münster. Am 13. Februar hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Koll. Zumbrock (Münster) sprach über die Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Charlottenburg. Am 3. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende Adamek eröffnete dieselbe mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit“.

Gettingen i. N. Sonntag, den 16. Februar, fand hier eine große öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Dieselbe war sehr stark besucht.

Regierung und Tarifverträge.

Anlässlich der Beratung des Haushalts im Reichstag, kamen auch die Tarifverträge und die mit ihnen verbundene soziale Sicherung der Arbeiter zur Sprache.

Die Tariffrage ist heute noch zu ungelöst, und dürfte diese Strafe eine Verwundung sein, wissen sie doch recht, daß der Familie Wolf auf zwei Wochen der Ernährer entzogen ist.

Ein fieser Schwindler. In Arnsbach, einem Orte bei Krefeld, ist vor einigen Tagen der Bürgermeister Horster wegen Unterschlagung von 18 000 M amtlicher Gelder verhaftet worden.

Außerdem hat der fromme Betrüger die Geschäftsleute in dem Ort schwer geschädigt, denn wie nun bekannt wird, hat er gepumpt, so viel er nur kriegen konnte.

Groß war der Beschäftete in der Verfolgung den freien Gewerkschaften gegenüber. Den Wirten, die sich nur geneigt zeigten, ihr Lokal zur Versammlung herzugeben, wurde von dem Bürgermeister sofort eingeschloßen.

Ein fieser Schwindler. In Arnsbach, einem Orte bei Krefeld, ist vor einigen Tagen der Bürgermeister Horster wegen Unterschlagung von 18 000 M amtlicher Gelder verhaftet worden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Weisenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bochum (Sperre über Herrmann Wingenfeld).

In GutsMuth nehmen die Unternehmer einen Raubzug auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Schon im Jahre 1905 ist unser Verband hier eingesetzt.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstadt morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 8. März, der erste Wochenbeitrag für dieses Jahr fällig ist.

Stuhkatzen.

Berlin V. (Fuher.) Unsere Generalversammlung, welche am 19. Februar stattfand, wurde vom ersten Vorsitzenden Kollegen Schulz mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Passenbericht, 3. Bericht über Mittempelung der Verträge...

Stuhkatzen.

Berlin V. (Fuher.) Unsere Generalversammlung, welche am 19. Februar stattfand, wurde vom ersten Vorsitzenden Kollegen Schulz mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Passenbericht, 3. Bericht über Mittempelung der Verträge...

nung ab: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Regelung der Beiträge. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Kraus den Jahresbericht. Es sind im Jahre 288,40 % an die Hauptkasse eingekassiert worden. Der Lokalfassenbestand betrug am Schluß des Jahres 40,40 %, die Mitgliederzahl stieg von 20 auf 30. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ausbaun wurde ein Antrag eingebracht, die Wochenbeiträge um 5 Pf. zu erhöhen. Dieser Punkt stieß erst auf Schwierigkeiten, wurde aber doch nicht angenommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, im laufenden Jahre die Veranstaltung besser zu besuchen. Ein jeder soll Agitator sein, damit auch der letzte Mann unserer Reihen zugeführt werde. Es soll ein jeder dahin wirken, daß alle ihren Verpflichtungen nachkommen gegenüber der Organisation, damit nicht Kollegen wegen Rückstand der Beiträge ihrer Rechte verlustig gehen. Wenn alle so in Zukunft ihre Pflicht tun, werden wir unsere Bahnhalle zu immer größerer Blüte bringen.

**Seitungen.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. Februar im Vereinslokale statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Festsetzung der Winterbeiträge zur Stärkung der Lokalfasse, 3. Verschiedenes. Wiedergewählt wurde als erster Vorsitzender und zugleich als Hauptkassierer der Kollege Erik Burghard, als Schriftführer Koll. Franz Kopp und als Hauptkassierer Koll. Th. Japfe. Die Kollegen nahmen ihr Amt an und verprochen, ihre Pflicht stets im Interesse des Verbandes zu erfüllen. Darauf gab der Vorsitzende seiner Freude Ausdruck, indem er auf die Erhebung unserer Zahlstelle hinwies, und daß wir jetzt einflussreicher bestehen bereits auf 30 Mitglieder gekommen sind. Zugleich bedauerte er aber auch, daß noch eine große Zahl Kollegen am Orte wären, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt hätten. Hauptächlich betonte der Vorsitzende noch, daß gerade die Winterzeitstellen ein festes Fundament bilden, für die Kollegen, die des Sommers in die Fremde reisten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Werkst.** (Freiheitskämpfer des sozialdemokratischen Maurerverbandes.) Am 13. Februar gingen zwei unserer Kollegen von der Zahlstelle Propoych bei dem Unternehmer Schneider am hiesigen Dombau an zu arbeiten. Raum hatten dieselben angefangen, wurden sie nach der Organisationszugehörigkeit gefragt. Als nun den roten Maurern der Bescheid zuteil wurde, daß sie christlich organisiert wären, verlangte man, daß sie zum sozialdemokratischen Verband übertraten sollten, andernfalls dürften sich unsere Kollegen nicht wundern, wenn ihnen morgens bei Anfang der Arbeit das Werkzeug fehle. Diese Drohung half nichts, unsere Kollegen blieben standhaft. Nun blieben die fanatischen Genossen mittags in der Bude sitzen und bedrohten Herrn Schneider, nicht eher wieder zu arbeiten, bis die beiden christlich organisierten entlassen seien. Unternehmer Schneider drehte einweilen den Spieß um und ließ die rote Motte laufen. Nun kam das ergötende: als die Genossen sich von ihrem Kaufsch erhielt hatten, betreten sie bei dem Unternehmer, doch weiter arbeiten zu dürfen. Das ist echter sozialistischer Mänesmut, erst große Worte und dann wie ein begoffener Pudel zur Arbeit zurück. Auch dieser Fall dürfte wieder einmal gezeigt haben, daß die Führer der „freien Gewerkschaften“ für Volksbedrückung ihre Fanatiker nicht zu leiten imstande sind. Oder sollten selbst die Führer dieses noch billigen?

**Steinarbeiter.** Nach längerer Zeit ist es unserem Verbands gelungen, hier freie Bahn zu schaffen. Der Polizeigewalt der württembergischen Steingrubenbesitzer verstand es meisterschaft, die Organisation hier fernzuhalten. Durch die rührige Arbeit des Kollegen Venhart ist es jetzt gelungen, eine Reihe starker Ortsgruppen zu gründen, trotz aller Schikanen, die gegen uns angewandt wurden. Es war auch die höchste Zeit, daß wir uns zusammengeschlossen haben, denn die Mißstände, die in den hiesigen Steingruben existieren, wachsen uns bald über den Kopf. Obwohl Württemberg zu Deutschland gehört, kennt man nichts von einer Bundesratsordnung. Hier könnte auch die Gewerbeinspektion etwas helfen eingreifen, wenn die christlichen Gewerkschaften nicht so von der Seite angehaut würden. Wer auch in Krankentaggelangelegenheiten muß durch unsere Organisation Remedur geschaffen werden. Nur einige Hinweise, wie es hier zugeht: ohne daß man es den Arbeitern mitteilt, verzieht man sie in eine niedere Lohnklasse, so daß es schon vorgekommen ist, daß Familienväter von 6-7 Kindern bei ihrem Kranken ein ganze 90 Pf. Krankengeld den Tag bekamen. Einer unserer Kollegen hatte das Unglück, daß ihm der Finger zerquetscht wurde, so daß er sich zum Arzt begeben mußte. Anstatt daß ihm nun derselbe den Finger verbunden und ihm noch einiges Verbandsgewebe mit nach Hause gegeben hätte, bekam er den Bescheid, er solle seinen Finger zu Hause mit einem Lumpen umwickeln. Dabei konnte der Mann einige Zeit nicht arbeiten. Wir sehen also, daß es hier sehr viel Arbeit für uns gibt. Wenn wir auch bekämpft werden, so dürfen wir uns nicht abschrecken lassen. Die Arbeitgeber und Meister arbeiten ebenfalls für ihre Organisation. Darum aufgewacht, Kollegen, fest zusammenhalten, und die Zeiten werden auch einmal bei uns bessere werden.

**Aus Arbeitgebervereinigungen.**

Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hielt, wie wir bereits mitteilten, am 17. und 18. Februar seine Generalversammlung in Hannover ab. Wie wir dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ entnehmen, stieg die Mitgliederzahl des Bundes im Jahre 1907 um 5300, von 13000 auf 18300. Dieser Zuwachs ist zum weitesten größten Teil auf den Beitritt bereits bestehender lokaler Verbände zum Bunde zurückzuführen. Außerhalb des Bundes stehen noch, soweit wie bekannt, 44 Ortsverbände mit zirka 1800 Mitgliedern. Das regste Interesse nahmen erklärungsmäßig die jetzigen Tarifverhandlungen in Anspruch, zu welchen beschlossen wurde, „daß an dem vom Bunde herangegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Rangschritte geschlossen werden; ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen.“

Angenommen wurde hierzu ein Antrag des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten, wonach der Bundesvorstand nicht eher die in den einzelnen Orten oder Bezirken abgeschlossenen Tarifverträge genehmigen soll, bis der Berliner Lokalverband einen neuen Tarif mit den zentralorganisierten baugewerblichen Arbeitern abgeschlossen hat. Demnach sollen die Provinzunternehmer die faueren Trauben für die Berliner herunterholen. Herr Behrens-Hannover referierte über die Einführung eines einheitlichen Vertragsmusters mit den Baumaterialienhändlern. Dasselbe wurde dem Bundesvorstand zur abschließenden Festlegung über-

wiesen und soll alsdann zur Einführung gelangen. Ein Antrag des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes in Hannover, bei den zuständigen Behörden um einen schnelleren und stärkeren Schutz der Arbeitswilligen vorstellig zu werden, fand ebenfalls Annahme. Damit das Gegenstück nicht fehlte, wurde einem Antrage des Arbeitgeberverbandes in Chemnitz entsprochen, der dahin geht, „dem Bundesvorstande gerichtliche Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, aus denen hervorgeht, in welcher Weise ein Arbeitgeberverband seine Mitglieder im Falle der Uebertretung von Verbandsbeschlüssen (Nichtbeteiligung an Ausspernungen usw. d. Red.) wirksam mit konventioneller Strafe belegen kann.“ Das paßt wie die Faust auf Auge gegenüber dem Antrag bezüglich den Streikbrechern unter den Arbeitern. Die obligatorische Einführung von Arbeitsnachweisen und Entlassungsscheinen wurde auch neue empfohlen; für die Regelung des Vertragsverhältnisses mit den Polieren soll ein allgemeines Vertragsformular festgesetzt und herausgegeben werden.

Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge um ein Drittel rief eine hitzige Debatte hervor. Die Mehrheit erklärte sich wohl dafür, der Vorsitzende hielt jedoch, da es eine Satzungsänderung bedeute, eine 2/3-Mehrheit für notwendig und sei somit der Antrag abgelehnt. Der Antrag auf Erhöhung der Beiträge war von dem Rheinisch-Westfälischen, dem Berliner und dem Münchener Verbands gestellt. Der Rheinisch-Westfälische Verband beantragte ferner die Anstellung einer ersten Kraft als Geschäftsführer (Herr Schmiedehaus? d. Red.) für den Deutschen Arbeitgeberverband, sowie den Anschluß an den Verein deutscher Unternehmer die Anstellung von Agitationsbeamten gefordert. Beschlüsse wurden zu diesen Anträgen nicht gefaßt. Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ ist über die Ablehnung der Beitragserhöhung sehr erbost und behauptet, der Beschluß bestehe doch zu recht; die Generalversammlung habe das Recht, die Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Frage der Streikversicherung wurde als noch nicht geklärt angesehen, die Berechtigung zur Einführung jedoch anerkannt. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Frage weiter zu verfolgen, und sobald sich die Notwendigkeit erweise, sie von neuem auf die Tagesordnung zu setzen. Schmiedehaus referierte über christliche und gelbe Gewerkschaften, wobei er zu dem Resultat kam, die Christlichen stünden auf demselben Boden wie die freien Gewerkschaften, und könnten unter Umständen noch gefährlicher als diese erscheinen. Er empfahl, die gelben Gewerkschaften nach Möglichkeit zu unterstützen. Als Vorsitzender des Bundes wurde Herr Jelsch-Berlin, und als sein Stellvertreter Wahl, ebenfalls Berlin, gewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Kassel bestimmt.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

Ein „fortschrittliches“ Gemeindefolkium. In Dinkelsbühl in Mittelfranken beschloßen die Gemeindevertreter einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, eine Herabsetzung der ortsüblichen Tagelöhne anzubahnen. Dieselben betragen zurzeit 2,70 M für Arbeiter über 16 Jahre, und 1,80 M unter 16 Jahre. Diese Sätze sind den Arbeitgebern zu hoch und sollen dieselben mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang stehen, was ein geradezu betrübendes Bild der Arbeiterverhältnisse in Dinkelsbühl, die Nichtigkeit der Unternehmerbehauptung vorausgesetzt, entwirft. Da nun der ortsübliche Tagelohn die Grundlage der Versicherungsbeiträge und der Höhe des Krankengeldes bildet, erblicken die anscheinend auch nicht mit einem Tropfen sozialen Defiz geölten Unternehmer und Gemeindeväter eine unberechtigte Bereicherung der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer. Zur Begründung führen sie andere Städte an, wo niedrigere Sätze bestehen. Das besagt mit andern Worten, der Ruf der Mächtigkeit anderer Gemeindevertretungen läßt auch die Stadtväter von Dinkelsbühl nicht schlafen. Anstatt in einer Zeit der allgemeinen Veruerung, wenn nicht höhere Sätze zu beantragen, so doch die augenblicklichen bestehen zu lassen, bringen sie es fertig, eine Herabsetzung zu beantragen. Eine Protestversammlung der Arbeiter legte Verwahrung gegen solches Beginnen ein. Hoffentlich ist die Behörde einsichtiger als diese „sozialen“ Stadtväter.

Ist die Streikunterstützung steuerpflichtig? Diese Frage ist bisher in der Theorie und Praxis verschieden beantwortet worden. Im allgemeinen sind die Juristen und teilweise auch die Steuerbehörden der Meinung, daß die Streikunterstützung dann nicht besteuert zu werden braucht, wenn dem Empfänger nicht das Recht zusteht, die Streikunterstützung einzuklagen, sondern wenn die Mitglieder bestimmter Organisationen die Streikunterstützung nur beziehen, soweit die Mittel der in Betracht kommenden Vereinigung ausreichen. Da wir in Deutschland noch keine Organisation haben, die einen klagbaren Anspruch auf Streikunterstützung zugestehet, so fällt auch bezüglich der Streikunterstützung die Besteuerung fort. In diesem Sinne hat auch im vergangenen Jahre in einem besonderen Falle das Finanzministerium im Königreich Sachsen entschieden. Eine andere Entscheidung ist vor kurzem vom Ministerium des Innern in Mecklenburg-Schwerin gefällt worden. In Rostock machte eine Anzahl Arbeiter, die längere Zeit in Streik standen und die außer der Streikunterstützung keine Einnahmen hatten, den Einwand geltend, daß sie keine Steuern zu bezahlen brauchten, weil ihre Einnahmen aus der Streikunterstützung nicht steuerpflichtig seien. Da die Steuerbehörde den Einwand nicht gelten lassen wollte, wandten sich die betreffenden Arbeiter an das Ministerium des Innern. In der Eingabe an das Ministerium wurde angeführt, daß die Streikunterstützung aus Beiträgen der Verbandsmitglieder bezahlt wird, also aus Einkommen, die von den einzelnen Mitgliedern schon besteuert worden sind. Trotzdem hat die höchste Behörde in Mecklenburg-Schwerin entschieden, daß die Besteuerung der Streikunterstützung zu Recht erfolgt ist.

**Soziale Wahlen.**

**Lechhausen b. Hugsburg.** Am 25. Februar fand hier selbst erstmalig die Gewerbegerichtswahlen statt. Betracht kamen drei Parteien, christlich, sozialdemokratisch und die Hirsch-Dunderschen. Die christliche Liste erzielte 422, die sozialdemokratische 948 und die Hirsch-Dunderschen 156 Stimmen. Die Vertreter verteilten sich auf die Klassen 3 und 2 Erfahrmänner, die Sozialdemokraten 8 Erfahrmänner, die Hirsch-Dunderschen 1 und 1 Erfahrmann. Von 4500 Wahlberechtigten übten 1526 ihr Recht aus. Wir können mit dem Erfolge zufrieden sein, obwohl er hätte dreifach so groß sein können. Der Differenzismus übertrifft hier alles. Die Sozialdemokraten haben ihren letzten Mann an die Wahlsurne gebracht. Am schlechtesten haben die Hirsch-Dunderschen abgeschnitten und dabei galt Lechhausen bis vor wenigen Jahren ihre Hochburg. Uns christlichen Gewerkschaftlern zeugt die Wahl, daß nur unerträgliche Aufklärung und Agitation den Erfolg bringen kann.

**Weimar b. Voßum, 26. Februar.** Gestern wurden die Wahlen von Vertretern zur Generalversammlung der hiesigen gemeinen Ortskrankenkasse getätigt. Gewählt wurden die 14 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Diese Wahlen waren halb erforderlich, weil die Krankenkasse der Baugewerke, zum Zeitpunkt zu Voßum, aufgelöst wurde und die hiesigen Mitglieder der obengenannten Krankenkasse anschlossen.

**Gerichtliches.**

**München. (Sozialdemokratischer Terrorismus)** Wegen Terrorisierung des christlich organisierten Maurers Gerich vor dem Amtsgericht München am 10. Februar der M. Raab, Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes, zu antworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der M. Raab, der den Posten des Baulegeleiteten verließ, unter Drohung, sämtliche Arbeiter würden sonst die Arbeit niederlegen, die Entlassung eines christlich organisierten Arbeiters verweigerte. Da die Fertigstellung der Arbeit (Ausbau Luisenschule) drängte, mußte der Baulegeleitete dem Verlangen stattgeben. Das Gericht verurteilte den roten Terroristen wegen Vergehens gegen die Verbandsordnung zu 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten.

**Von den Arbeitsstellen.**

**Düsseldorf.** Am 27. Februar ereignete sich an dem Bau Schüller, Paulusstraße, ein bedauerlicher Unfall, leicht schwere Folgen nach sich hätte ziehen können. Der 30-jährige J. Heidmann, Fliesenleger, war damit beschäftigt, das 2. Stockwerk fertigzustellen. Das Treppenhäuschen war durch dort beschäftigt gewesenen Putzer des Stukkateurmeisters W. abgedeckt worden. Schreiner, welche den Fußboden zu beginnen, hatten eine Anzahl Bretter auf das im Treppenhäuschen liegende Gerüst gestellt. Als nun Kollege Heidmann mit einem Mörtel auf die nach dem Mörtel führende Leiter trat, brach der zur Unterlage des Gerüsts dienende Hebel und das Gerüst stürzte, Heidmann mit sich fortziehend, in Tiefe. Glücklicherweise war am Tage vorher das Keller abgedeckt worden, und so blieb der Verunglückte auf dieser bedung liegen. Eine zur selben Zeit vorbeifahrende Droß brachte ihn nach dem Marienhospital. Wie wir erfahren, er einen Obersehenkelbruch des rechten Beines und eine Verquetschung erlitten. Der kaum 10 Zentimeter starke durchbrochene Hebel war total morsch und faul, und wird die Sache bald wieder ein Nachspiel haben. Den Kollegen mag dieser Vorgang als Warnung und Voricht dienen, für die Zukunft Gerüst zu betreten, bevor man es auf seine Tragfähigkeit prüft hat.

**Bekanntmachungen.**

**I. Ostdeutsche Gewerkschaftskonferenz.** Am Sonntag, den 15. März d. J., findet in Bromberg eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz statt. Die Konferenz wird im „Schützenhaus“, Thorner Straße (Endstation der Straßenbahn), vormittags 11 Uhr beginnend abgehalten.

**Tagesordnung:**  
 1. Wie arbeiten wir mit den konfessionellen Arbeitervereinen Hand in Hand? Referent: Behrens-Ossen.  
 2. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Referent: Joh. Giesberts-W. Glabach.  
 3. Wie betreiben wir die Agitation im Nordosten. Referent: Aug. Schönetas-Königsberg.  
 4. Verschiedenes.

Zu dieser Konferenz können alle Zahlstellen und Ortsräte Delegierte entsenden. Die Konferenz gilt für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen. Der östliche Teil von Brandenburg und Pommern scheiden wegen zu großer Entfernung aus. Delegierte sind umgehend zu wählen und den Bezirkssekretären oder dem Unterzeichneten zu melden. Die Kosten tragen die Lokalfassen.

**J. A. P. Schopohl, Bromberg, Posener Platz 13**

**Ausgeschlossene** aus dem Verbands wurden wegen Streikbrüchiger Edmund Falter (Buch-Nr. 32251), Stukkatour Josef Falter (Buch-Nr. 52278) und Maurer Nikolaus Falter (Buch-Nr. 97518). Zahlstelle Naerou der Verwaltungsstelle Nachen

**Gefunden!** In der Verwaltungsstelle Oberhausen wurden zwei Mitgliedsbücher gefunden, lautend auf die Namen Flor Müller und Josef Görg (Buch-Nr. 107793 und 133211), gelobt zu Helferskirchen. Nähere Adresse der Eigentümer sind Kollegen Bernh. Kirchner, Oberhausen, Maurerstr. zu richten.

**Als verloren** wird gemeldet die Buch-Nr. 114580 lautend auf Josef Dentler von der Zahlstelle Dülmen.

**Sterbetafel.**

Am 21. Februar starb unser Mitglied **Jos. Bröglie** im Alter von 46 Jahren an Mierenfrankheit. Zahlstelle Eichenweiler.  
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Joh. Wolf** im Alter von 43 Jahren infolge Lungentzündung. Verwaltungsstelle Köln.  
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Peter Slangen** im Alter von 45 Jahren. Zahlstelle Speckholzerhalde.  
 Am 26. Februar starb unser Mitglied **Anton Kröger** im Alter von 51 Jahren an Rippenfellentzündung. Verwaltungsstelle Gütersloh.  
 Ehre ihrem Andenken!